

*Sonderdruck aus:*

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
14 / 2007

## **Soziale Sicherheit und Frieden**

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9  
V&R unipress

V&R **unipress**

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial: . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

<i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren und Friedens-Chancen</i> Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat . . . . .	19
--	----

<i>Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i> Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein, Hartmut Häußermann . . . . .	43
--	----

<i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i> Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet, Franz Kamphaus . . . . .	65
--	----

Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag <i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen – 16 Jahre nach der Einheit</i> . . . . .	89
--	----

<i>Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i> Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf . . . . .	103
--	-----

Ursula von der Leyen, Berlin <i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .	123
--	-----

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«  
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie« . . . . .* 143

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

*Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der  
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär  
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur, am 25. Oktober 2006 . . . . .* 153

Dieter Senghaas, Bremen  
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des  
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.  
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück . . . . .* 157

Roland Czada, Osnabrück  
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung  
im deutschen Wohlfahrtsstaat . . . . .* 169

Hamideh Mohagheghi, Hannover:  
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime  
in Deutschland so schwierig? . . . . .* 185

Alrun Niehage, Osnabrück  
*»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität . . . .* 193

Rainer Werning, Köln  
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:  
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel. . . . .* 209

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 224  
Abbildungsnachweis . . . . . 230

## Editorial: Soziale Sicherheit als Bedingung für den Frieden

›Was ist schon sicher im Leben?‹, könnte man lapidar fragen und so die Erkundigung nach dem Stand der *sozialen Sicherheit* in unserer Gesellschaft als wirklichkeitsfremd abtun. Kann es überhaupt ›Sicherheit‹ geben, wo die Realität ›komplex‹ ist und die Anzahl ihrer Bestimmungsvariablen im Prinzip unendlich? Zu Fatalisten werden wir darüber nicht. Wir verhalten uns mehr oder weniger bewusst gegenüber einer Vielzahl allgegenwärtiger Unsicherheiten, seien es die Gefahren für Leib und Leben im Haushalt, beim ›Trendsport‹ oder im Straßenverkehr oder auch die Risiken am Arbeitsmarkt und hinsichtlich der Altersversorgung. Damit noch nicht genug: Die »Globalisierung« verlangt von uns, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken, im Weltmaßstab zu denken. Von der Höhe *dieses* Standpunkts relativieren sich freilich die Alltagsbesorgnisse ganz von selbst. Und die Frage etwa nach friedensgefährdenden Entwicklungstendenzen in den Ländern Kern-Europas erscheint als minderschweres Teilproblem: Ja, wenn es nur um Europa ginge ... Angesichts einer schwer überschaubaren, teils regellos existierenden und womöglich unbeherrschbaren Welt blamiert sich das Bedürfnis nach ›sozialer Sicherheit‹ in unserem Land oder in Europa als egoistisches Festungdenken.

Unterdessen hat der Gesetzgeber, haben die Volksparteien, unter dem Titel »Reform der Sozialversicherungssysteme« manche früher geltenden Maßstäbe herabgesetzt und früher unbestrittene Rechtsansprüche der Bürger auf staatliche Daseinsfürsorge gemindert oder ganz aufgehoben bzw. für Unrecht erklärt. Den hiesigen Alltag verdüstern daher Pressemeldungen wie diese:

»Im reichen Deutschland wächst die Kinderarmut. Mehr als jedes fünfte Kind lebt bereits auf Sozialhilfeniveau, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung berechnet. Verschiedene Initiativen bieten inzwischen Mahlzeiten für die Jüngsten an, und der Andrang ist groß.«<sup>1</sup>

Hunger, in Mitteleuropa als ein historisches (Nachkriegs-)Problem *ad acta* gelegt und sonst in der Dritten Welt verortet, scheint als neues Klischee für manches ehrenamtliche Engagement und großzügige Spendenbereitschaft der Gesättigten wieder aufzuleben. Sind Armenspeisungen wirklich billiger als die Gewährung höherer Sozialleistungen? In jedem Fall beleben kostenlose Essensausgaben das Idyll von der Unschuld ›einfacher‹ Bedürftigkeit, von der Innigkeit persönlicher Dankbarkeitsbezeugungen und von der sinnstiftenden Mitmenschlichkeit.

Dabei verheißt ›Soziale Sicherheit‹ eigentlich das Gegenteil eines Angewiesenseins auf solcherart Mildtätigkeit und die Zufälligkeiten ihres Auftretens. Soziale Sicherheit lautete ein grundlegendes Versprechen an die Einwohner der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in der die Nöte zweifellos noch weit dramatischer als heute waren, und an die zahlreichen zuwandernden Flüchtlinge. Nach Jahren des Krieges war der Frieden durch die alliierten Kriegsgegner hergestellt. Die neuen politischen Eliten in West- wie in Ostdeutschland mussten sich um Anerkennung für die veränderten politischen Verhältnisse bemühen. Westdeutschland, die Bundesrepublik, gewährte ihren Bürgern die Aussicht, dass die gebrachten Opfer für das »Dritte Reich« von dessen Rechtsnachfolger nicht unvergolten bleiben würden, d.h. dass Kriegerwitwen, Kriegsbeschädigte, Vertriebene oder auch Verfolgte des Nazi-Regimes materiell entschädigt wurden. Überdies wurde ein glaubhafter Einsatz für die »Daseinsvorsorge« und den »Wiederaufbau« erwartet und versprochen, für die Wiederherstellung von Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnissen, die das Überleben und einen der Zeit entsprechenden Lebensstandard gewährleisten konnten.

Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Ost- und Westdeutschlands im Jahr 1990 lässt sich auch als Beginn der Schlussetappe dieser Agenda begreifen. Zwar gibt es nicht wenige Stimmen, die etwa die großteils im Verhältnis von 1:1 erfolgte Währungsumstellung, die Anerkennung und Übernahme der Pensions- und Rentenansprüche ehemaliger DDR-Bürger durch die westdeutschen Altersversorgungssysteme oder die Erneuerung der Infrastruktur in den neuen Bundesländern als ›übertriebene Rechtswohltaten‹ bewerten. Unverkennbar ist, dass unter den veränderten politischen Prioritäten insbesondere die westdeutsche Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung nie gekannte Lasten zu bewältigen hatte, was als Druck auf die Ansprüche aller Versicherten weitergegeben wurde.

Die Notwendigkeit einer »Reform der Sozialversicherungssysteme«, »nicht um sie abzuschaffen, sondern um sie zu erhalten«, wie alle Sozialpolitiker nicht müde wurden zu betonen, wurde unabweisbar. Seither wird die »Bedürftigkeit« eines Antragstellers bei den Sozialbehörden nicht länger nonchalant überspielt, um die Betroffenen nicht unnötig in ihrer Würde zu verletzen. Die »Bedürftigkeitsprüfung« ist vielmehr eine akribi-

sche, prinzipiell knauserige Berechnung bescheidener Leistungen, in die potentielle Ansprüche gegenüber Dritten, zu erwartende Versicherungsleistungen oder – wie in der Presse gelegentlich unter Krokodilstränen aufgegriffen – auch kleine Sparguthaben von Kindern einzuberechnen sind, mit dem Kalkül darauf, dass Familienangehörige oder andere nahe stehende Personen Hilfe leisten, bevor es die Behörde tun muss.

Sicherlich erschöpft sich soziale Sicherheit nicht in der Gewährung von Sozialleistungen. Soziale Sicherheit bedeutet auch, als Individuum allgemeine Rechte und Gewohnheiten auf Teilhabe an allen öffentlichen Vorgängen und Entwicklungen unbestritten in Anspruch nehmen zu können, vor den Instanzen des Rechts ohne Einschränkungen gleichbehandelt zu werden, alle sich bietenden Bildungs- und Lebenschancen ergreifen zu können und nicht zuletzt die eigenen kulturellen Lebensäußerungen repressionsfrei leben zu können, wie auch diejenigen anderer Menschen ungehindert zu rezipieren. Dies scheinen Selbstverständlichkeiten zu sein.

Leider ist das nicht der Fall: Jedem sind die aktuellen innenpolitischen »Problembereiche« geläufig, die allesamt die soziale Sicherheit und damit den Frieden in der Gesellschaft, wenn nicht sogar international, in Frage stellen. Wo im Tagesgeschehen vermeintlich wohlgeordneter Gesellschaften in Mitteleuropa »Gewalt ausbricht«, wird dies offenkundig. Wie aber reagieren Innen- und Rechtspolitiker und ihre »Sicherheitsorgane«? Vor allem natürlich zu spät, denn sie haben es nicht verhindert. Die auffällig gewordenen jugendlichen Demonstranten in den Vorstädten Frankreichs haben soziale Veränderungen angemahnt, die die Verheißungen der Bürgerrechte einlösen oder wenigstens wieder glaubhaft machen sollten – nicht mehr und nicht weniger. Ihr geradezu schicksalhaftes Abgeschoben- und Ausgestoßensein wollten sie nicht länger hinnehmen. Sie, die ihre Möglichkeiten entdeckten, durch das Anzünden von Autos mit Hilfe der Medien die Öffentlichkeit zu erreichen, forderten die Polizei heraus und wurden folgerichtig »abgeräumt«. An den Sach- und Personenschäden verlor die Öffentlichkeit bald das Interesse ...

Hannovers Oberbürgermeister *Herbert Schmalstieg*, Vizepräsident des Deutschen Städtetages, und die Soziologen *Marianne Rodenstein* und *Hartmut Häußermann* hatten beim Osnabrücker Friedensgespräch zum Thema »Empörung in den Städten? – Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?« wenig Anlass zum Dissens in der Suche nach den Ursachen in der sozialräumlichen Beschaffenheit der Städte, deren unterschiedliche Quartiere in Frankreich – mehr noch als bei uns – über die Behandlung der Bewohner und ihren Sozialstatus entscheiden. Dieser »Aufstand der *banlieue*« kann als ein Menetekel für ein Europa gelesen werden, das martialisch ausgetragene soziale Konflikte im Innern offenbar nicht mehr fürchtet, seit niemand mehr die »soziale Revolution« propa-

giert. Vor dem Hintergrund auch in Deutschland andauernder, vor allem wirtschaftlicher Krisenerscheinungen stand das Friedensgespräch unter der Fragestellung »Krise ohne Ende? Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?«. Mit *Franz Müntefering* und *Kurt Biedenkopf* waren zwei weithin geschätzte Politiker eingeladen, um Perspektiven des Erhalts des sozialen Friedens auszuloten. »Die sozialen Sicherungssysteme nehmen zusätzliches Geld ein«, gab der Vizekanzler einerseits Entwarnung, »Deutschland liegt, was die Standortattraktivität angeht, im internationalen Vergleich an dritter Stelle«, erklärte er und kritisierte: »diese Erfolge werden nicht ausreichend registriert«. Münteferings Schlussfolgerung lautete: »Die *Globalisierung* – meist als Problem beschrieben – ist positiv und unumgänglich«. Probleme müssten mit dem nötigen »Pioniergeist« angefasst werden, und er versprach, die Politik werde sich weiter kümmern: »Wir bestehen auf dem *Primat der Politik*«. Biedenkopf dagegen spielte den Ball in die Zuschauerränge: »Die Abgeordneten des Bundestages können die Last nicht alleine tragen«, meinte er, und auf die Frage: »Welches sind die sozialen Akteure, die uns ans Ende der Krise bringen können?«, gab er zur Antwort: »Die Menschen müssen *selbst* für Problemlösungen eintreten – dort, wo sie etwas zu sagen haben«.

Zugleich warb Biedenkopf für »Begrenzungsanstrengungen«, »in dem Sinne, nicht etwa Menschen etwas wegzunehmen, sondern ihnen zukünftige *Chancen* zu sichern«. Leider werde »jeder Versuch, *Begrenzungen* zu setzen [...] durch allgegenwärtige Interessengruppierungen bekämpft«. So bleibe »die Friedensaufgabe die schwerste vor uns liegende Aufgabe«, meinte der ehemalige Ministerpräsident Sachsens. Von einem Umschwung kann indessen auch im Sommer 2007 keine Rede sein. Unter dem Titel *Sorge um das Sozialsystem* meldete eine Tageszeitung:

»Die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme wird von vielen Deutschen skeptisch gesehen. Etwa 86% haben erhebliche Zweifel, dass die Renten in Zukunft gesichert sind, ergab eine Studie der BAT-Stiftung für Zukunftsfragen«.<sup>2</sup>

Die mit einem Wort als »*Demografie*« angesprochenen Prognosen und Berechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und Europa gehörten bei diesem wie bei anderen Friedensgesprächen zu den viel beschworenen »Faktoren«, die »Anpassungen« des gegenwärtigen Lebensstandards oder etwa die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erforderlich machten. Zurückgegangene Geburtenzahlen, die einerseits als *Auswirkungen* einer größeren Verunsicherung der potentiellen Eltern hinsichtlich ihrer Möglichkeiten in Beruf und Karriere erkannt werden, bringt man andererseits als *Grund* dafür in Stellung, um weitere Zumutungen, Einschränkun-

gen und Verschlechterungen plausibel zu machen. Es sind solche politischen Instrumentalisierungen der Fakten und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, die häufig Unglauben und Widerwillen hervorrufen.

Dabei gäbe es dieser Entwicklung auch positive Aspekte abzugewinnen, wie die Bundesfamilienministerin von der Leyen in ihrem Vortrag unter dem Titel *Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen* im Hinblick auf eine mögliche Qualitätssteigerung der Erziehung betonte. Bis zum Jahr 2020, so die Ministerin, würden sich die Mittel, »die aufgrund schwindender Kinderzahlen vorausberechenbar nicht abgerufen werden, [...] auf 60 Mrd. Euro summieren«. Die »engagierten Bildungs- und Familienpolitiker in den Parlamenten« müssten »darauf achten, dass dieses Geld nicht aus dem Bildungsbereich abgezogen wird, sondern hier verbleibt«. Dies biete die »Chance, nicht nur den Status zu halten, sondern die Qualität der Bildung zu verbessern für die geringere Zahl nachwachsender Kinder, die viel Verantwortung für uns werden übernehmen müssen«, sagte von der Leyen.

Die unmittelbaren Nachbarländer in Europa bilden die Tribüne, von der aus jeweils am Tag der Deutschen Einheit namhafte Referenten die Beziehungen ihres Landes zur Bundesrepublik Deutschland untersuchen. In der Reihe »Europa sieht Deutschland« nahm der Europaparlamentarier *Milan Horáček*, 1968 als politischer Flüchtling in die Bundesrepublik gekommen, ein auch weiterhin sensibles zwischenstaatliches Nachbarschaftsverhältnis unter die Lupe. Der empfindliche Nerv, der auch Fragen der sozialen Sicherheit berührt, liegt vor allem im Bereich unterschiedlicher Auffassungen von Tschechen und Deutschen über Recht und Unrecht in der Geschichte beider Völker. Sie sind, trotz des gemeinsamen Zieles und der Maxime guter Nachbarschaft im vereinten Europa, keineswegs ausgeräumt, sondern probate Hebel gelegentlicher gegenseitiger Provokation.

Vom *Iran*, dem Land, das sich die Beschaffung von Nukleartechnologie zum Staatsziel Nummer 1 gemacht hat, erwartet derzeit im Westen kaum jemand etwas anderes als Provokationen. Ein Friedensgespräch mit dem Orient-Spezialisten *Udo Steinbach*, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, *Ruprecht Polenz*, und dem aus dem Iran stammenden Friedensforscher *Mohssen Massarrat* sollte ursprünglich der Prüfung der Frage gelten, ob die iranische »Theokratie« ein »Modell für die islamische Welt« sei. Die aktuelle Politik, Kriegsdrohungen und un-nachgiebige, »nicht hinnehmbare« (*Angela Merkel*) anti-israelische Äußerungen des iranischen Präsidenten ließen jedoch eine nähere Inaugenscheinnahme der Besonderheiten des iranischen »Gottesstaates« kaum zu.

Mehr Gelegenheit zur Beschäftigung mit dem Verhältnis der Religionen bot dagegen das Friedensgespräch mit Vertretern der »drei abrahamitischen Religionen« – Christentum, Judentum und Islam. Bischof *Franz*

*Kamphaus*, Rabbiner *Jonathan Magonet* aus London und der aus Ägypten stammende und in London lehrende Islamwissenschaftler und Koran-Übersetzer *Muhammad Abdel Haleem* begegneten einander im Zeichen des Friedens, um Widerstände und Hindernisse in den Weltreligionen zu diskutieren, die ihre Beziehungen bisher – und offenbar zunehmend wieder – konflikthaft und gewalttätig machen.

Das 20-jährige Bestehen der Osnabrücker Friedensgespräche bot den sie tragenden Institutionen Stadt und Universität sowie dem Wissenschaftlichen Rat der Friedensgespräche Anlass für einen Festakt in der Stadthalle am 25. Oktober 2006. Das bei dieser Gelegenheit von Staatssekretär *Josef Lange* überbrachte Grußwort der Landesregierung kommt in diesem Jahrbuch ebenso zum Abdruck wie der anschließend gehaltene Festvortrag des Bremer Friedensforschers *Dieter Senghaas* unter dem Titel *Ist Frieden möglich?* In seiner historisch-systematischen Darstellung wird nachvollziehbar, wie die »Zivilisierung des modernen Konfliktes« zumindest partiell errungen werden konnte, gegen viele Widerstände und unter fragilen Voraussetzungen. Senghaas legt dar, warum Zuversicht hinsichtlich der Möglichkeit, Frieden zu schaffen, eben doch nicht illusorisch ist: »Es wird sich in anderen Teilen der Welt, wenn gewiss nicht im Detail, so aber doch im Prinzip wiederholen«, so der anerkannte Friedensforscher, »was in Europa mühsam und qualvoll, in Versuch und Irrtum, auf Wegen, Umwegen und auch Abwegen gelernt werden musste – Toleranz als Lösung angesichts einer zunächst als Bedrohung empfundenen Pluralisierung«.

Toleranz, Anerkennung, Respekt – das sind Werte einer pluralistischen Gesellschaft, wie sie nicht nur als deutsche ›Exportartikel‹ in demokratisch unterentwickelte Länder geschätzt werden, sondern zunehmend auch eingefordert werden von religiösen und ethnischen Minderheiten. *Was macht den Alltag für Muslime in Deutschland so schwierig?* Diese Frage beantwortete die Islamwissenschaftlerin *Hamideh Mohagheghi* in einem Vortrag vor dem »Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.«: es sei eben die *Versagung* dieser Werte im nach wie vor vorurteilsbeladenen Umgang mit Muslimen. Der Beitrag rekapituliert die Debatte um Integration und Selbstisolierung und fordert von beiden Seiten eine scheinbar simple, im praktischen Vollzug aber sehr anspruchsvolle und vor allem unumgängliche Anstrengung: »Um die Grenzen des Gemeinsamen und Trennenden zu unterscheiden«, so Mohagheghi, »bedarf es eines umfassenden gegenseitigen Kennenlernens, das nicht nur auf der Ebene der Höflichkeit und des Enthusiasmus bleiben kann«.

*Roland Czada* zeichnet in seinem Beitrag *Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung im deutschen Wohlfahrtsstaat* Entwicklungstendenzen der deutschen Industrie- und Sozialpolitik seit den 1970er Jahren nach und identifiziert Irrtümer und falsche Weichenstellungen als

Ursachen für die aktuellen Probleme. Die Aussteuerung und Frühverrentung weiter Kreise gering qualifizierter Arbeitskräfte belastete die Sozialversicherungssysteme in unverträglicher Weise und hat überdies nicht verhindert, dass Deutschland wie »kein anderes hoch industrialisiertes Land so stark mit dem Problem der *working poor* konfrontiert« ist.

*Alrun Niehage*, die auch bereits das Friedensgespräch mit Ministerin *Ursula von der Leyen* mit einem Experten-Diskussionsbeitrag zu verschiedenen Problemen der aktuellen Familienpolitik begleitet hatte, nimmt in ihrem Beitrag zur Friedensforschung die »*Nachhaltige Familienpolitik zwischen Anspruch und Realität*« näher unter die Lupe. »Zunehmend mehr privaten Haushalten sind ihre Selbstorganisationskräfte im marktwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess der letzten Jahre abhanden gekommen«, so die Haushaltswissenschaftlerin. Bei aller Anerkennung für das Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik sieht Niehage »Probleme der Koordinierung und inhaltlichen Abstimmung zwischen den verschiedenen Trägern und Ebenen« und kritisiert einen »Rückzug [der Politik] aus der Moderation einer sozial aktivierenden Familien- und Gesellschaftspolitik in schwierigen Lebensverhältnissen«.

Der Beitrag von *Rainer Werning* über den *Fragilen Frieden auf der koreanischen Halbinsel – 18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges* setzt eine Reihe von Länderstudien fort, mit denen das Jahrbuch der Friedensgespräche Raum für Spezialuntersuchungen bietet, in denen »per Zoom« beispielhaft Einblicke in Weltregionen ermöglicht werden sollen, die nicht permanent in den Schlagzeilen sind. Im Fall von Korea darf dies allerdings relativiert werden: Urplötzlich waren dieses Land und das dortige Regime, dessen weltpolitische Randständigkeit ausgemachte Sache schien, zum Drehpunkt einer »Achse des Bösen« geworden – und seine Bevölkerung auch dadurch weit entfernt von jeder Aussicht auf »soziale Sicherheit«.

Einmal mehr setzte schließlich das Konzert *musica pro pace* zum Osnabrücker Friedenstag, dem Jahrestag der Verkündung des Westfälischen Friedensschlusses von der Treppe des Osnabrücker Rathauses im Jahr 1648, mit der *Sinfonie Nr. 13 b-Moll »Babi Jar«* von *Dmitri Schostakowitsch* und der *Sinfonie Nr. 44 e-Moll »Trauersinfonie«* von *Joseph Haydn* einen eigenen Akzent und friedenskulturellen Höhepunkt. Solisten, Chöre und das Symphonieorchester der Städtischen Bühnen Osnabrück konnten in der Stadthalle ein dankbares Publikum begeistern.

Henning Buck

---

1 DIE ZEIT vom 9. August 2007, S. 17.

2 Neue Osnabrücker Zeitung vom 28. Juli 2007.



## ■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006



Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt – Friedensgespräch in der Stadthalle am 29. Juni 2006



Bürgermeisterin Karin Jabs-Kiesler begrüßt das Publikum im Ratssitzungssaal